



Verteilung der Vermögen in der Schweiz

1. Einleitung

Bedingt durch die steigende Ungleichheit und angeregt durch verschiedene Studien (u.a. Piketty 2014, OECD 2011, Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2017) haben Verteilungsfragen wieder mehr Aufmerksamkeit in den öffentlichen Debatten erhalten. Die meisten Studien zur Ungleichheit beziehen sich auf die Einkommensungleichheit. Das Einkommen als Flussgrösse ist auf den Konsum und damit den Lebensstandard gerichtet. Vermögen begründet Eigentum und Besitz und ist damit ebenfalls eine wichtige Dimension für den gesellschaftlichen Status sowie die materielle Wohlfahrt und eine wichtige Basis für materielle Sicherheit. Ein grösseres Vermögen eröffnet zudem Handlungs- und Einflussmöglichkeiten und ist eine Grundlage für ungleiche Machtverhältnisse. Bei der Betrachtung der gesellschaftlichen Schichtung bleibt das Vermögen allerdings als zentrale Ressource neben dem Einkommen, der beruflichen Position und der Bildung meist im Hintergrund. Dabei kommt dem Vermögen als materielle Ressource eine immer grössere Bedeutung zu. Im Rahmen seiner Untersuchungen hat Piketty aufgezeigt, dass in den letzten Jahrzehnten das Vermögen im Verhältnis zum Einkommen an Gewicht gewonnen hat und deshalb ein entscheidender Faktor für die zunehmende ökonomische Ungleichheit ist (Piketty & Zucman 2014). Auch in der Schweiz hat sich seit 1991 das Verhältnis des Durchschnittsvermögens zum jährlichen Durchschnittseinkommen von 2.5 auf 3.9 erhöht, wie Auswertungen von Steuerstatistiken zeigen.

Prof. Dr. Robert Fluder

ist Dozent an der Berner Fachhochschule und Mitgesuchsteller des NF Projekts über Ungleichheit.

Dr. Rudolf Farys

ist Soziologe. Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Bern am Projekt über Ungleichheit.

Dr. Oliver Hümbelin

ist Soziologe. Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der BFH und am Projekt über Ungleichheit.

Prof. Dr. Ben Jann

ist Professor für Sozialstrukturanalyse am Institut für Soziologie der Universität Bern. Er ist Hauptgesuchsteller und Projektleiter des NF Projekts Ungleichheit der Einkommen und Vermögen in der Schweiz von 1970 bis 2010.



Ein Grund für die Vernachlässigung der Vermögensdimension liegt wohl auch am Mangel an zuverlässigen Daten zum Vermögen (vgl. z.B. Müller & Schoch 2014, Murin & d'Ercole 2015). Im Rahmen von Surveys ist es äusserst schwierig, verlässliche Angaben über das Vermögen einer Person zu erheben. So werden in Surveys die Spitzenvermögen massiv unterschätzt und beim Einkommen existiert ein starker Mittelschichtsbias (Hümbelin & Farys, 2016a). Auch die obersten Einkommens-Perzentile sind in Surveys unterrepräsentiert. Dies sind dieselben Personen, die auch über besonders hohe Vermögen verfügen.

Im Rahmen eines Nationalfondsprojekt zur Einkommens- und Vermögensungleichheit wurden deshalb Mikro-Steuerdaten als alternative Quellen erschlossen, um auf einer kohärenten Datenbasis die Ungleichheit in der Schweiz untersuchen zu können (siehe www.inequalities.ch). Neben der Stärke der vollständigen Abdeckung und der grösseren Zuverlässigkeit haben Steuerdaten zum Vermögen auch Nachteile. Zum einen ist das für die Alterssicherung angesparte Kapital der zweiten und dritten Säule nicht enthalten. Dabei handelt es sich jedoch um gebundenes Kapital mit dem Zweck der Einkommenssicherung im Alter und im Falle einer Invalidität.¹ Ein weiteres Problem ist die Bewertung von Liegenschaften. Meist liegen die in den Steuern ausgewiesenen Liegenschaftswerte deutlich unter dem Marktwert, was zu einer Unterschätzung des Vermögens führt. Ebenso unterbewertet sind die Vermögenseinkünfte, da Kapitalgewinne nicht enthalten sind. Im Weiteren sind wegen Steuerhinterziehung² nicht alle Vermögensbestände in den Steuerdaten enthalten (Feld & Frey 2006). Trotz dieser Mängel handelt es sich bei den Steuerdaten wohl um eine der zuverlässigsten Quellen, um das Vermögen der privaten Haushalte bzw. Steuersubjekte zu erfassen. Ausgehend vom erwähnten SNF-Projekt, werden im folgenden Artikel Fakten zur Entwicklung Vermögensungleichheit in der Schweiz präsentiert (Kap. 2) und den Gründen für die grosse Ungleichheit nachgegangen (Kap. 3). Die hauptsächliche Grundlage für die präsentierten Analysen sind die Mikro-Steuerdaten des Kantons Bern der Jahre 2002 bis 2012 sowie die aggregierten Vermögenstabellen der eidg. Steuerverwaltung (ESTV) von 1981 bis 2013, woraus sich sich Verteilungsparameter schätzen lassen.³

2. Entwicklung der Vermögensungleichheit in der Schweiz

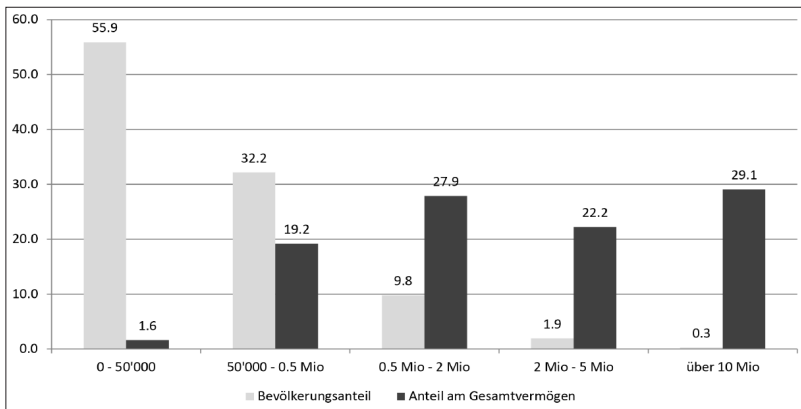
2.1 *Ausgeprägte Vermögenskonzentration bei den Superreichen*

Nirgends in der Welt ist das Pro-Kopf-Vermögen so hoch wie in der Schweiz (Global Wealth Report 2014), wobei sich der Gesamtwert der Vermögensbestände in den letzten Jahren rapide vergrössert hat.



Gemäss ESTV liegt das Durchschnittsvermögen pro steuerpflichtige Person bei 323'700 CHF (Total 1'667 Mrd. CHF)⁴, wobei Pensionskassenvermögen (Total ca. 956 Mrd CHF gemäss SNB 2015)⁵ und die Vermögen der Säule 3a der Altersvorsorge nicht berücksichtigt sind.

Auch die Einkommen in der Schweiz sind sehr ungleich verteilt⁶ wobei die Schweiz zum Mittelfeld der OECD-Staaten gehört. Im Gegensatz dazu ist die Vermögensverteilung hierzulande eine der ungleichsten weltweit. Generell sind die Vermögen viel stärker konzentriert als die Einkommen, was für die Schweiz besonders ausgeprägt ist. Während beim Einkommen die obersten 10% über etwa 1/3 des Gesamteinkommens verfügen, besitzen die 10% vermögendsten Personen drei Viertel der gesamten Vermögen (vgl. Tabelle 1 unten). Gemessen am Gini-Index weisen nur Singapur und Namibia von 165 erfassten Ländern eine noch ungleichere Verteilung auf (Global Wealth Databook 2010). Wie aus Grafik 1 sichtbar wird, haben 56% der Steuerpflichtigen weniger als 50'000 CHF; mehr als die Hälfte davon hat kein Vermögen. Am oberen Ende haben 2.2 % der Steuerpflichtigen Vermögen von über 2 Mio Franken und verfügen über einen Anteil am Gesamtvermögen von 55.5%.



Grafik 1: Verteilung der Vermögen in der Schweiz 2013

Quelle: ESTV 2013. Eigene Berechnungen.

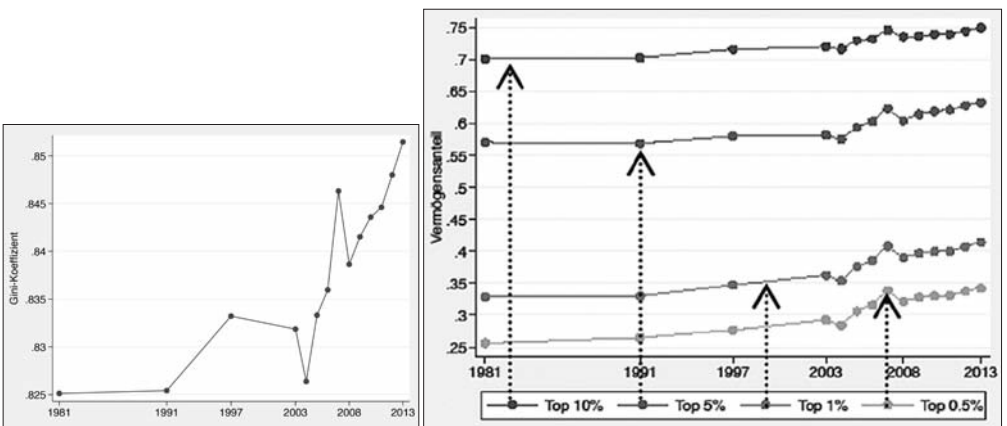
2.2 Die Vermögensungleichheit nimmt weiter zu

Die Vermögensungleichheit in der Schweiz hat ausgehend von einem bereits hohen Niveau in den letzten 10 bis 20 Jahren erheblich zugenommen (vgl. Hümbelin & Farys 2016b). Auffallend ist v.a. der deutliche Anstieg seit 2004 (Grafik 2a). Dies zeigt sich sowohl am Anstieg des Gini-Index (von 0.826 auf 0.851) als auch anhand des Vermögensanteils der Vermögendsten (Grafik 2a rechter Teil). Der Vermögensanteil des



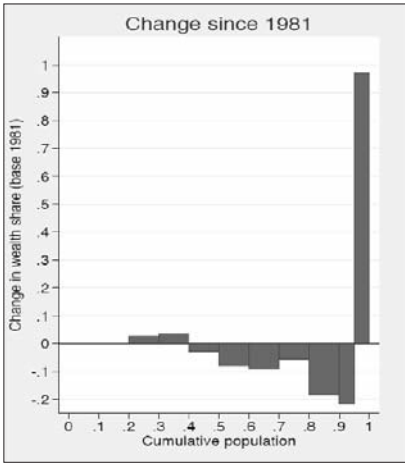
vermögendsten Prozents der Bevölkerung hat von 36.2% (2003) auf 41.4% (2013) zugenommen (vgl. auch Tabelle 1). Die kurzfristigen Abnahmen der Vermögensungleichheit sind durch die Einbrüche an der Börse bedingt (insbesondere Finanzkrise 2008). Die Vermögendsten können sich risikoreichere Anlagen leisten und legen deshalb in der Regel einen höheren Anteil des Vermögens in Aktien an, während über die Hälfte der Steuerpflichtigen über keine Vermögensanlagen verfügen. Deshalb sind erstere überdurchschnittlich von Einbrüchen der Aktienkurse betroffen, profitieren aber auf der anderen Seite übermässig von Kursgewinnen. Bereits Smith (1987) und Wolff (1987) zeigten, dass die Vermögenskonzentration den Schwankungen des Aktienmarktes folgt. Krisen mit Werteverfall sind dieser Logik folgend mit einem Rückgang der Ungleichheit verbunden, was sich auch an einem leicht rückläufigen Vermögensanteil bei den Gruppen mit dem höchsten Vermögen zeigt. Auffallend ist, dass sich nach der Krise die Zunahme der Ungleichheit jedoch ungebrochen fortsetzte.

Grafik 2b zeigt, welche Vermögensgruppen seit 1981 relativ gewonnen und welche eher verloren haben. Dargestellt sind die Veränderungen der Anteile am Gesamtvermögen der nach Vermögenshöhe geordneten Bevölkerungsprozente. Es zeigt sich, dass hauptsächlich die oberste Spitze (oberste 5 Perzentile) zu den Gewinnern gehört, während die relativen Anteile der grossen Mehrheit abgenommen haben. Einzig am unteren Ende im dritten und vierten Dezil war es einigen wenigen möglich, leicht überproportional Vermögen aufzubauen. Insgesamt zeigt die Grafik eindrücklich, dass die Vermögenskonzentration an der Spitze in den letzten 30 Jahren erheblich zugenommen hat.



Grafik 2a: Vermögensungleichheit 1981 bis 2013

Quelle: Aggregierte Steuerdaten der ESTV, Jahre 1981 bis 2013, eigene Berechnungen.



Grafik 2b: Veränderung der Vermögensverteilung 1981 bis 2010

Quelle: Aggregierte Steuerdaten der ESTV, Jahre 1981 bis 2013. Eigene Berechnungen.

Anmerkung: Ein Wert von 1 bedeutet, dass der Vermögensanteil des jeweiligen Prozents der Bevölkerung um einen Prozentpunkt zugenommen hat.

Alle in Tabelle 1 aufgeführten Ungleichheitsindikatoren dokumentieren die Zunahme der Vermögensungleichheit in der Periode seit 1991. Während das durchschnittliche Vermögen um den Faktor 2.3 zugenommen hat, ist das Medianvermögen etwa gleich geblieben und hat 2003 gegenüber 1991 gar abgenommen,⁷ während der Vermögensanteil der obersten 5 Prozent von 56.9% auf 63.3% zugenommen hat. Am deutlichsten zugenommen hat der Vermögensanteil der 5 Promille Personen

Tabelle 1: Indikatoren der Vermögensverteilung 1991, 2003 und 2013

CHF	1991	2003	2013
Pro Kopf (Steuerpflichtige) Vermögen Mittelwert	141'000	227'400	323'700
Median *	20'700	13'900	19'900
95% Perzentilsgrenze	506'500	794'900	1'062'100
Verh. Durchschnittliches Vermögen zum durchschnittlichen Einkommen	2,5	3,2	3,9
Gini	0.825	0.832	0.851
Top 10%	70.3	72.0	75.0
Top 5%	56.9	58.2	63.3
Top 1%	33.0	36.2	41.4
Top 0.5%	26.5	29.2	34.2
Bevölkerungs-Anteil die 50% besitzen **	4.98	2.75	1.91
Anteil ohne Vermögen	32.7	28.4	25.0

** Der Median kann aufgrund der vorhandenen Kategorien nur relativ unpräzise aus den Tabellen der ESTV geschätzt werden.*

*** approximiert durch logarithmische Interpolation zwischen den Intervallgrenzen*

Quelle: Aggregierte Steuerdaten der ESTV, Jahre 1991, 2003 und 2013, eigene Berechnungen.



mit dem höchsten Vermögen. Daran zeigt sich, dass ähnlich wie beim Einkommen auch beim Vermögen eine weitere Konzentration bei den Spitzenvermögen stattgefunden hat. Einzig der Anteil ohne Vermögen ist leicht zurückgegangen, was auf eine etwas breitere Vermögensstreuung im Bereich des unteren Mittelstandes hindeutet.

2.3 Faktoren zur Erklärung der Vermögensungleichheit

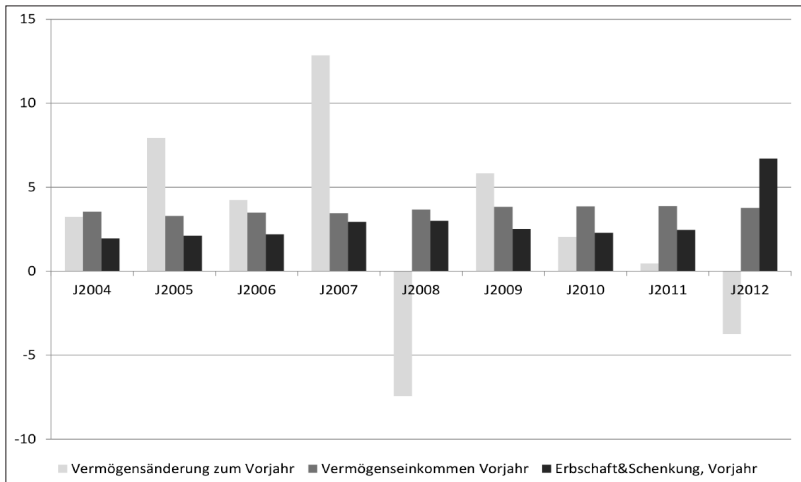
Weshalb ist die Vermögensungleichheit in der Schweiz so hoch? Als Ursache können verschieden historische, sozio-ökonomische und institutionelle Faktoren bedeutsam sein. Eine Rolle spielt, dass nur ein kleiner Anteil der Bevölkerung über Wohneigentum verfügt (vgl. Skopek et. al 2012). Mit 38.4% (2015) hat die Schweiz die niedrigste Wohneigentumsquote von Europa (BFS 2017b). Damit konnten die meisten Haushalte nicht an der massiven Steigerung der Liegenschaftspreise partizipieren und mit den Mieten tragen sie noch zur Vermögensakkumulation der Reichen bei. Die Wohneigentumsquote unterscheidet sich deutlich von Kanton zu Kanton. V.a. in ländlichen Kantonen ist die Wohneigentumsquote deutlich über dem Durchschnitt, während diese in städtischen Kantonen Zürich, Basel Stadt und Genf am niedrigsten sind.

Ein Faktor ist zudem, dass in der Schweiz während des 2. Weltkrieges die Vermögenswerte erhalten blieben und die Vermögensakkumulation in der Nachkriegszeit auf bestehenden, bereits sehr ungleich verteilten Vermögen aufbauen konnte. Dazu kommt, dass im höchsten Segment die Vermögen in risikoreicheren Anlagen wie Aktien angelegt sind, wo die Renditen langfristig deutlich höher ausfallen. Schliesslich tragen auch die Vermögenseinkünfte und Erbschaften zur Konzentration der Vermögen bei einer kleinen Gruppe von Spitzenvermögenden bei. Das heisst: Je höher die Vermögen, desto günstiger sind die Bedingungen für die weitere Vermögensakkumulation (vgl. Piketty 2014), weil höhere Vermögen eine bessere Rendite erzielen können und Vermögende häufiger von hohen Einkommen und Erbschaften profitieren (vgl. Kap. 3).

Zudem sind die Steuern in der Schweiz sehr moderat, weshalb die Einwanderung für reiche Personen attraktiv erscheint. Die Migration von reichen Personen in den letzten Jahrzehnten sowie die Einwanderung von wenig qualifizierten Personen (bis in die 90er Jahre war die Einwanderung durch eine sogenannte Unterschichtung charakterisiert) hat somit ebenfalls zur Vermögenskonzentration beigetragen. Innerhalb des Nationalfondsprojektes konnte dieser Mechanismus anhand der Steuerdaten des Kantons Obwalden gezeigt werden (vgl. Farys 2015). Dorthin zog es aufgrund des Steuerwettbewerbs zunehmend Personen aus der Spitze der Einkommens- und Vermögensverteilung.



Betrachtet man die jährlichen Vermögensveränderungen zusammen mit den jährlichen Erbschaften und den Vermögenseinkünften, so kann festgestellt werden, dass die Erbschaften und Vermögenseinkünfte einen erheblichen Teil der Veränderungen ausmachen. Sie dürften somit erheblich zur Vermögensbildung beitragen, was die Tendenz zur Vermögenskonzentration verstärken dürfte (vgl. Grafik 3). Im folgenden Abschnitt wird auf der Grundlage von Steuerdaten detaillierter auf die Dynamik der Vermögensakkumulation eingegangen (vgl. dazu auch Killewald et. al 2017).



Grafik 3: Vermögensveränderung, Vermögenseinkommen und Erbschaften/Schenkungen im Vorjahr (Kanton Bern in Mrd CHF)

Quelle: Steuerdaten des Kantons Bern 2003–2012, eigene Berechnungen.

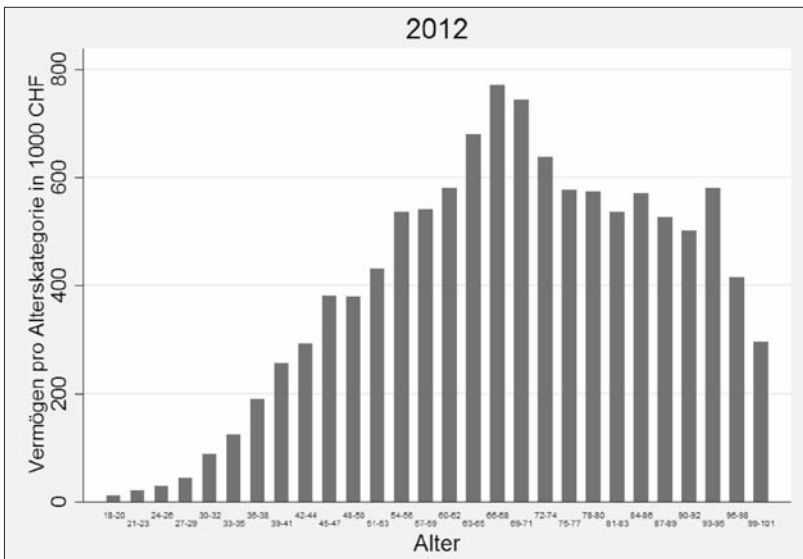
3. Dynamik der Vermögensakkumulation

3.1 Vermögensakkumulation im Lebensverlauf

Vermögen bildet sich typischerweise über die Spanne der Erwerbsbiographie. Erst nach dem Eintritt ins Erwerbsleben und wenn das Erwerbseinkommen ein bestimmtes Niveau erreicht hat, wird es möglich, einen Teil davon anzusparen. Auch Erbschaften und Schenkungen fallen i.d.R. erst in der zweiten Lebenshälfte an (vgl. 3.3). Dabei spielen vorgängige Prozesse der Bildungsungleichheit, des Erwerbs von Berufserfahrungen, aber auch Nationalität und Geschlecht und damit herkunftsbezogene Ungleichheiten eine wichtige Rolle. Die Vermögensentwicklung über die Lebensjahre zeigt Grafik 4. Dabei handelt es sich jedoch nicht um eine Längsschnittbetrachtung einer bestimmten Kohorte, sondern um die Betrachtung der Altersgruppen im Querschnitt. Für die Vermögen spielen auch Kohorteneffekte eine Rolle. Grafik 4



zeigt, dass der Vermögensbildungsprozess in grösserem Umfang etwa im Alter von 30 beginnt und sich dann im Durchschnitt über das gesamte Erwerbsleben bis 65 erstreckt. Ab 40 flacht sich der Verlauf etwas ab, vermutlich wegen den Kinderkosten und einer durch die Kinderbetreuung bedingte eingeschränkte Erwerbstätigkeit. Ab Mitte 50 nehmen Erbschaften zu, was sich im leicht ansteigenden Verlauf zeigt. Schliesslich führen im Alter um 65 Auszahlungen der dritten und teilweise aus der zweiten Säule zu steigenden Vermögen. Ab etwa 70 sinken die durchschnittlichen Vermögen. Hier spielt das Entsparen von Personen, die Teile ihres Lebensunterhalts aus dem Vermögen finanzieren eine Rolle. Andererseits können Schenkungen ab diesem Alter zu einem negativen Vermögensverlauf führen. Im Vergleich zu den Erwerbstätigen ist der Gini-Index bei den Rentnern etwa um 0.05 bis 0.08 Punkte tiefer. Dies dürfte sich aufgrund der grösseren Vermögensunterschiede der Erwerbstätigen nach Alter und durch die Auszahlungen aus der Altersvorsorge bei den Rentnern ergeben.



Grafik 4: Durchschnittsvermögen nach Altersgruppen 2012

Quelle: Steuerdaten des Kantons Bern 2012, eigene Berechnungen.

3.2 Konzentration von Vermögen und Einkommen verstärken sich gegenseitig

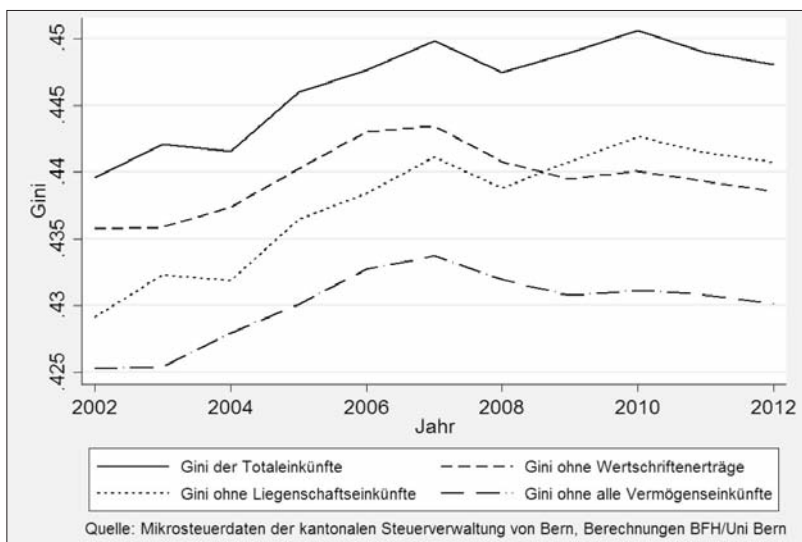
Sparen ist eine wichtige Quelle der Vermögensbildung. Allerdings unterscheidet sich der Einkommensanteil, der fürs Sparen übrig bleibt, stark nach Einkommensgruppe. Das einkommensstärkste Fünftel der Haushalte kann durchschnittlich fast 30% des Einkommens⁸ sparen,



während bei den einkommensschwächsten Haushalten nur noch wenig oder nichts zum Sparen bleibt.

Umgekehrt ist das Einkommen aus Vermögen v.a. bei den oberen Einkommensklassen ein wesentlicher Einkommensbestandteil. Ab dem 6. Einkommensdezil steigt der Anteil des Vermögenseinkommens am gesamten Einkommen und erreicht im obersten Dezil 13.3%.⁹

Es erstaunt deshalb nicht, dass sich Spitzeneinkommen und Spitzenvermögen oft bei den gleichen Personen konzentrieren, was die ungleiche Verteilung der Ressourcen zusätzlich verschärft. Grafik 5 zeigt, dass der Einkommensgini durch die Vermögenseinkommen um ca. 4.2 Prozentpunkte erhöht wird. Während der Effekt der Liegenschaftseinkommen während der letzten 10 Jahre etwa konstant geblieben ist, hat der Effekt der Wertschriftenerträge seit 2008 zugenommen. Zu erwähnen ist, dass Kapitalgewinne nicht berücksichtigt sind, da diese nicht versteuert werden müssen. Bei einer Berücksichtigung des Kapitalgewinns als Einkommensquelle, wären die Effekte vermutlich erheblich grösser.



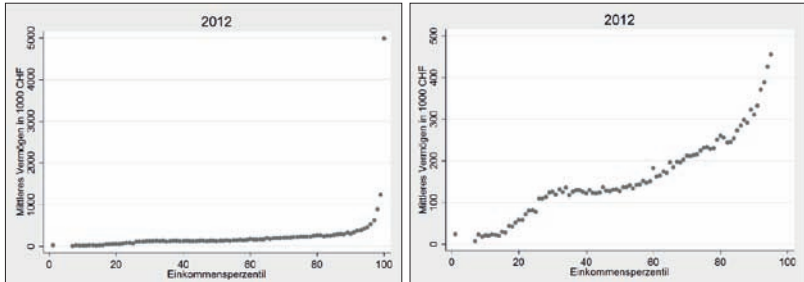
Grafik 5: Einkommensungleichheit im Kanton Bern, mit und ohne Vermögenseinkommen

Quelle: Steuerdaten des Kantons Bern 2002 bis 2012, eigene Berechnungen.

Zwischen der Vermögens- und Einkommensverteilung besteht ein enger Zusammenhang. Während die einkommensschwächste Hälfte der Personen im erwerbsfähigen Alter praktisch über kein Vermögen verfügt, besitzen die Personen des obersten Einkommensdezils rund 45% aller Vermögen.¹⁰ Generell zeigt sich: je höher das Einkommen ist, desto höher ist auch das Vermögen. Grafik 6 weist das durchschnittliche



Vermögen der einzelnen Einkommensperzentile aus. Es zeigt sich, dass bis etwa zum 90. Perzentil das Vermögen linear mit dem Einkommen zunimmt. Im obersten Einkommenssegment steigen die Vermögen exponentiell an. Dies führt zu einer weiteren Verschärfung der materiellen Ungleichheit und einer erheblichen Konzentration des Reichtums.



Grafik 6: Durchschnittsvermögen nach Einkommensperzentil (Kanton Bern)

Quelle: Steuerdaten des Kantons Bern 2012. Eigene Berechnungen.

Anmerkung: Die rechte Grafik zeigt einen Ausschnitt aus der linken Grafik in dem sie nur den Zusammenhang bis zum 95% Perzentil zeigt.

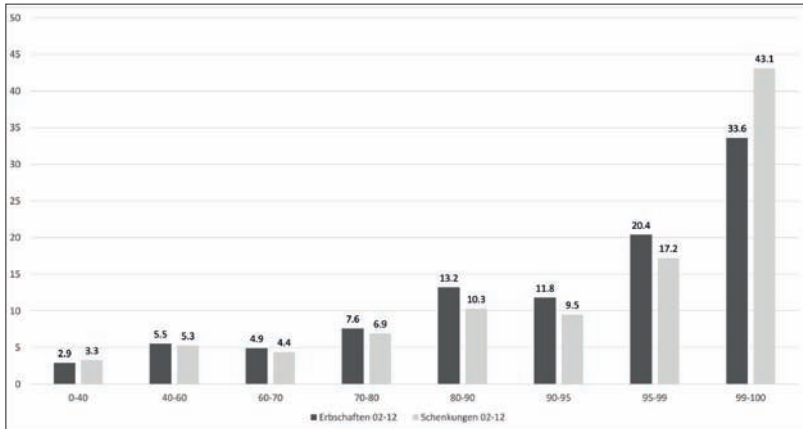
3.3 Vererbung von Vermögen

Erbschaften spielen beim Vermögensaufbau eine entscheidende Rolle. Aufgrund der rasanten Vermögensentwicklung in der Nachkriegszeit, hat die Bedeutung der Erbschaften stark zugenommen. Während die jährlichen Erbschaften 1950 5% des Volkseinkommens ausmachten sind sie gemäss Schätzungen in den letzten Jahren auf über 13% des Volkseinkommens angestiegen (Brühlhart 2015). V.a. seit den 80er Jahren haben die Erbschaften im Verhältnis zum Volkseinkommen stark zugenommen. Brühlhart schätzt die Erbschaften für das Jahr 2015 auf 76 Mrd Franken. Sie sind damit ähnlich hoch wie die Bruttoersparnisse der privaten Haushalte. Auch im Ländervergleich wird in der Schweiz häufig geerbt, was sich anhand einer Auswertung der SHARE-Daten im Vergleich von 14 europäischen Ländern zeigt (Szydlík 2011).¹¹

Rund 2/3 der Personen erhalten im Laufe des Lebens eine Erbschaft oder eine Schenkung (Stutz et. al 2006). Gemäss Berechnungen anhand der Berner Steuerdaten der Jahre 2002 bis 2012 beträgt eine Erbschaft im Durchschnitt zwischen 100'000 und 150'000 CHF, während der durchschnittliche Beitrag einer Schenkung bei 75'000 bis 100'000 liegt (Jann & Fluder 2015). Analog zum Vermögen sind auch die Schenkungen und Erbschaften extrem schief verteilt, sodass die Durchschnittsbeträge nicht sehr aussagekräftig sind. Aus Grafik 7 geht hervor, dass 1/3 der Erbschaftssumme und 43% der Schenkungssumme an nur 1% der Bevölkerung geht. An die obersten 10% gehen 2/3 des Erb- und 70% des



Schenkungsvolumens. Demgegenüber sind im unteren Bereich die Summen relativ bescheiden (80% der Erben erhalten weniger als CHF 100'000 und 36% weniger als CHF 20'000). Die untersten 60% der Begünstigten erhalten gerade noch gut 8% der gesamten Erbschafts- und Schenkungssumme.



Grafik 7: Verteilung der Erbschaften und Schenkungen (Anteile in Prozent nach Perzentil des Höhe des Schenkungs- und Erbschaftsbetrags)

Quelle: Steuerdaten des Kantons Bern 2002 bis 2012, eigene Berechnungen.

Erbschaften sind nicht nur sehr ungleich verteilt, von den Erbschaften profitieren Vermögende und Einkommensreiche in viel grösserem Umfang als Personen mit unterdurchschnittlichen Vermögen und Einkommen. Die Vermögendsten 5% erhielten in den Jahren 2002 bis 2012 36.6% der gesamten Erbschaftssumme. Damit erhielten die obersten 5% doppelt so viel wie die 60% mit den geringsten Vermögen. Bei den Schenkungen betrug der Anteil der Vermögendsten 5% 37.2% und bei den untersten 60% noch 24.3% der gesamten Summe. Ähnlich liegen die Verhältnisse, wenn man die Einkommensperzentile betrachtet (vgl. Tabelle 2). Je höher das Einkommen einer Person ist, desto eher profitiert sie von einer grossen Erbschaft oder Schenkung.

Damit kommt ein Grossteil der gesamten Erbsumme einem kleinen Teil der meist bereits vermögenden und einkommensreichen Personen zu. Dies verfestigt die Vermögenskonzentration und der Reichtum ohne Leistung nimmt stetig zu. Kissling (2008) spricht in diesem Zusammenhang auch von einer Feudalisierung der Eigentumsverhältnisse.

Bedingt durch die steigenden Lebenserwartungen fallen Erbschaften in einem immer höheren Alter an. Damit fällt der Erhalt einer Erbschaften zu einem grossen Teil in einer Lebensphase an, in der man weniger auf zusätzliche Ressourcen angewiesen ist, da aufgrund des fort-

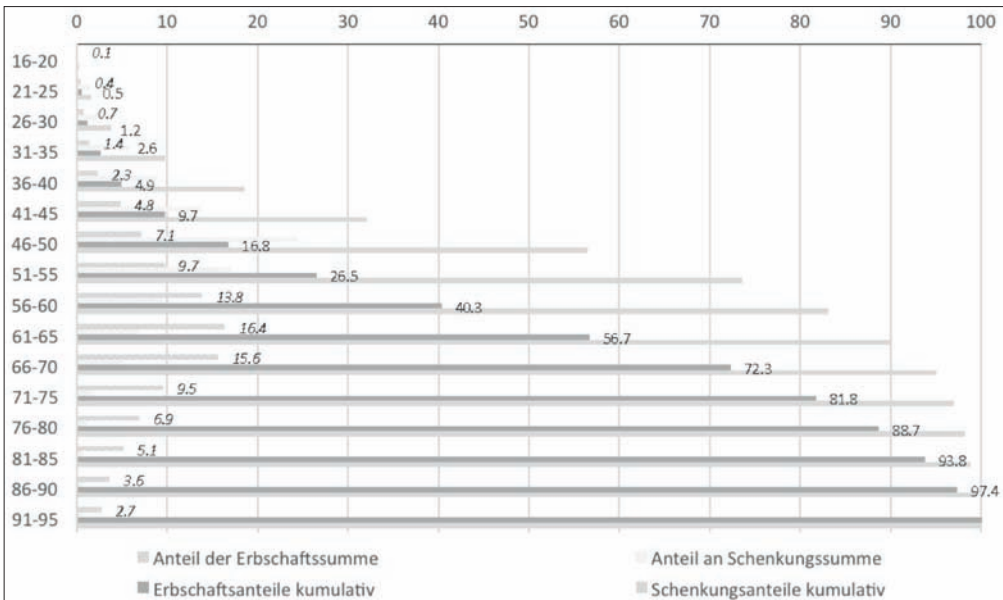


Tabelle 2: Erbschaften nach Vermögens-Einkommensperzentilen

	Vermögensperzentile		Einkommensperzentile	
	Summe aller Erbschaften	Summe aller Schenkungen	Summe aller Erbschaften	Summe aller Schenkungen
0–60	18,0	24,3	27,8	22,8
60–90	33,3	30,6	33,4	30,9
90–99	31,1	19,8	25,4	24,6
99–100	17,6	25,2	13,3	21,7
Total	100,0	100,0	99,9	100,0

Quelle: Steuerdaten des Kantons Bern 2002 bis 2012, eigene Berechnungen.

geschrittenen Alters bereits ein gewisses Vermögen aufgebaut werden konnte. Grafik 8 weist die Erbschafts- und Schenkungsanteile der Altersgruppen (schraffierte Balken) und die kumulativen Anteile über die Lebensbiografie aus (graue Balken). Es zeigt sich, dass die meisten Erbschaften im Alter von 50 bis 75 Jahren anfallen. Bei den Schenkungen ist dies etwa 10 bis 15 Jahre früher. Jüngere Personen mit einer hohen Bedarfslage (z.B. bei der Gründung einer Familie) und ältere bedürftige Personen gehen meistens leer aus.



Grafik 8: Anteile der Erbschaften und Schenkungen nach Altersgruppen

Quelle: Steuerdaten des Kantons Bern 2002 bis 2012, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Ausgewiesen wird der Anteil aller Erbschaften und Schenkungen einer Altersgruppe an der gesamten Erbschafts- bzw. Schenkungssumme eines Jahres im Durchschnitt der Jahre 2002 bis 2012.



4. Der Vermögensungleichheit entgegen wirken

Gemessen am pro Kopf Vermögen ist die Schweiz das Land mit dem höchsten Vermögen der Welt. Wie in keinem anderen Land sind die grossen Vermögen in den Händen einer kleinen Gruppe von Superreichen konzentriert. Damit gehört die Schweiz zu den Ländern mit der ungleichsten Verteilung des Vermögens. Als Form des materiellen Reichtums gewinnt das Vermögen im Vergleich zum Einkommen zunehmend an Gewicht. Da das Vermögenseinkommen ebenfalls äusserst ungleich verteilt ist, verstärkt dieses die Einkommensungleichheit. Gleichzeitig sind es Personen mit Spitzeneinkommen, welche übermässig an der Vermögensbildung partizipieren können. Dazu kommt, dass Erbschaften und Schenkungen sehr einseitig verteilt sind und grossmehrheitlich bereits vermögenden Schichten zugute kommen. Die Dynamik der Konzentration von Reichtum führt dazu, dass immer grössere Teile davon nicht auf eigenen Leistungen beruhen. Dies führt zu einer zunehmenden Delegitimation gesellschaftlicher Strukturen, was Konflikte und Segregation fördert und die gesellschaftliche Integration beeinträchtigt. Der ausgeprägten Konzentration von materiellem Reichtum steht eine in den letzten Jahrzehnten grösser gewordene Gruppe von Menschen gegenüber, welche in materiellem Mangel lebt. So leben 2015 6.6% der Wohnbevölkerung der Schweiz unter dem Existenzminimum und 4.6% berichteten von einem finanziell bedingten Mangel in mindestens 3 von 9 erfassten Lebensbereichen (BFS 2017a). Und auch die Sozialhilfequote hat seit 2010 leicht zugenommen (vgl. auch den Verteilungsbericht und Gleichheitsmonitor von H. Baumann in diesem Jahrbuch). Es ist störend, wenn bei steigendem Gesamtreichtum bei der Unterstützung von Bedürftigen sowie bei Massnahmen zur Armutsbekämpfung und der sozialen Absicherung von Lebensrisiken gespart wird, weil der öffentlichen Hand u.a. wegen Steuersenkungen (vgl. Lampart et. al 2016) die nötigen Mittel fehlen.¹²

Eine übermässige Ungleichheit ist auch aus ökonomischen Gründen unerwünscht, da diese wachstumshemmend ist, wie verschiedene Untersuchungen zeigten (Ostry et.al 2014, OECD 2015). Zudem wirkt sich eine übermässige Ungleichheit negativ auf die wirtschaftliche Stabilität aus (Behringer et. al 2014).

Die zunehmende Ungleichheit ist aber auch aus demokratiepolitischer Perspektive problematisch (Stiglitz 2012), da sich die Verfügung über den gesellschaftlichen Reichtum auf einen immer kleineren Kreis beschränkt und diesem übermässige Einfluss- und Handlungsmöglichkeiten eröffnet, z.B. in Form einer Einflussnahme auf Wahlen und Abstimmungen oder von Entscheidungen über Investitionen.



Da ausgleichende Faktoren wie gleiche Bildungs- und Berufschancen oder andere Mechanismen nicht greifen, um der Dynamik der zunehmenden Konzentration von Reichtum entgegenzuwirken, braucht es staatliche Massnahmen, um der Entwicklung zu immer mehr Ungleichheit entgegenzuwirken. Die wohl wirksamste und direkteste Massnahme ist die Umverteilung durch Steuern und staatliche Transfers. Ein Teil der Spitzenvermögen und -einkommen wäre dabei durch progressive Steuern abzuschöpfen, wie es z.B. die geplante Volkinitiative „Kapital statt Arbeit besteuern“ vorsieht. Dabei könnte auch ein Beitrag zum Ausgleich der vermögenden älteren Generationen zugunsten der aufgrund von Familie und Ausbildungskosten stärker belasteten jüngeren Generationen geleistet werden.

Anmerkungen

- 1 Unter bestimmten Bedingungen kann das Vorsorgekapital vorzeitig bezogen werden (bei Selbstätigkeit oder zum Erwerb von Wohneigentum).
- 2 Vgl. zur geschätzten Hinterziehung von Steuern: <http://www.kienernellen.ch/pdf.php?f=6566cfc1836a24393800b89f205de220.pdf>. Gemäss den Schätzungen betragen die Steuerausfälle über 20 Mrd. CHF pro Jahr. Daraus wird geschlossen: »Wenn alle in der Schweiz Steuerpflichtigen ihre hinterzogenen Vermögen deklarieren würden und darauf die Einkommenssteuern zahlen würden, könnte dank dieser Summe gerade die Mehrwertsteuer abgeschafft werden.«
- 3 Dabei wird das Reinvermögen (Totalvermögen abzüglich Schulden) als Vermögensgrösse verwendet. Die Schätzung der Ungleichheitsparameter aus den aggregierten Tabellen der ESTV ist je nach Detaillierungsgrad der Tabellen mit gewissen Ungenauigkeiten behaftet.
- 4 Umgerechnet auf die Gesamtbevölkerung der Schweiz ergibt dies ein Pro-Kopf-Vermögen von 207 000 CHF; Vgl. BFS Tabelle Vermögen natürlicher Personen, T 20.02.03.01
- 5 Vermögensbilanz, Ansprüche gegenüber Versicherungen und Pensionskassen.
- 6 Auch die Einkommensungleichheit hat in den letzten Jahren zugenommen. Vgl. dazu Fluder et. al im Denknetsjahrbuch 2015 und den jährlichen Verteilungsbericht und Gleichheitsmonitor im vorliegenden Jahrbuch.
- 7 Das Verhältnis von Median zum Mittelwert kann als Indikator für die Vermögensungleichheit verwendet werden, d.h. je stärker der Median vom Mittelwert abweicht, desto grösser ist die Ungleichheit. Wegen den vielen Nullvermögen oder gar negativen Vermögen eignet sich der Gini-Index nur bedingt, um die Vermögensungleichheit wiederzugeben (Murtin & d'Ercole 2015).
- 8 Gemäss BFS, Haushaltsbudgeterhebung (HABE) 2009-2011. Sparbetrag in Prozent des verfügbaren Einkommens.
- 9 Eigene Berechnungen aufgrund der Berner Steuerdaten 2012.
- 10 Eigene Berechnungen aufgrund der Berner Steuerdaten 2012.
- 11 Im Vergleich der 14 europäischen Länder sind Erbschaften in der Schweiz am dritt häufigsten hinter Schweden und Dänemark.
- 12 Beispiele dazu sind die in verschiedenen Kantonen anvisierten Kürzungen bei der Sozialhilfe oder der restriktivere Zugang zu Sozialversicherungsleistungen (IV und ALV).

Literatur

- Behringer, J.; Theobald, T.; van Treeck, T. (2014). Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland: Eine makroökonomische Sicht. IMK, Institut für Mkoökonomie und Konjunkturforschung.
- BFS. (2017a). Einkommen und Lebensbedingungen (SILC) 2015: Armut in der Schweiz



- Schweizerische Lohnstrukturerhebung 2010. Tiefelöhne in der Schweiz. BFS Medienmitteilung vom 17.5.2017: Neuchâtel.
- BFS 2017b: Wohneigentumsquote 2017. https://www.atlas.bfs.admin.ch/maps/13/de/123_95_176_175_169/20439.html; abgerufen am 25.7.2017.
- Brühlhart, Marius. (2015). Erbschaften in der Schweiz stark angestiegen. *Volkswirtschaft* 5/2015.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017). Lebenslagen in Deutschland. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn.
- Credit Suisse (2014): *Global Wealth Report 2014*.
- Farys, R. (2015). Einkommensungleichheit in der Schweiz. Was können wir aus Steuerdaten lernen. Institut für Soziologie Universität Bern (unveröffentlichte Dissertation)
- Feld, L. P. & Frey, B. S. (2006). Tax Evasion in Switzerland: The Roles of Deterrence and Tax Morale (Working Paper Series No. No. 284). Zürich: Institute for Empirical Research in Economics. Retrieved from <https://ideas.repec.org/p/zur/iewwpx/284.html>
- Hümbelin, O. & Farys, R. (2016a). The Suitability of Tax Data to Study Trends in Inequality. A theoretical and empirical review with tax data from Switzerland. *Research in Social Stratification and Mobility*. <https://doi.org/http://dx.doi.org/10.1016/j.rssm.2016.04.004>
- Hümbelin, O. & Farys, R. (2016b). Materielle Ungleichheit in der Schweiz im Wandel der Zeit. In B. Jann (Ed.), *Essays on Inequality and Integration* (pp. 116–152). Zürich: Seismo Verlag.
- Jann, B. & Fluder, R. (2015). Erbschaften und Schenkungen im Kanton Bern. Steuerjahre 2002 bis 2012 (University of Bern Social Sciences Working Paper No. 11). Bern: University of Bern, Department of Social Sciences
- Killewald, A.; Pfeffer, F. T.; & Schachner, J. N. (2017). Wealth Inequality and Accumulation. *Annual Review of Sociology*, 43(1), null. <https://doi.org/10.1146/annurev-soc-060116-053331>
- Kissling, Hans (2008): *Reichtum ohne Leistung. Die Feudalisierung der Schweiz*. Zürich/Chur.
- Müller, A. & Schoch, T. (2014). *Vermögenslage der privaten Haushalte*. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik (BFS).
- Murtin, F & M.M. d'Ercole (2015). Household wealth inequality across OECD countries: new OECD evidence. *OECD Statistics Briefs* No 21.
- OECD. (2011). *Divided We Stand. Why Inequality Keeps Rising*. OECD Publishing. Paris.
- OECD. (2015). *In It Together. Why Less Inequality Benefits All*. OECD Publishing. Paris.
- Ostry, M. J. D., Berg, M. A., & Tsangarides, M. C. G. (2014). *Redistribution, Inequality, and Growth* (Staff Discussion Notes No. 14/2). New York: International Monetary Fund.
- Piketty, T. (2014). *Capital in the Twenty-first Century*. Harward.
- Piketty, T. & Zuckman, G (2014). Capital ist back: Wealth-Income Ratios in Rich Countries 1700-2010. *The Quarterly Journal of Economics* (2014) 1255-1310.
- Schweizerische Nationalbank (2015). *Vermögen der privaten Haushalte 2014*. Medienmitteilung.
- Lampart, D.; Schupbach, K.; Gallusser, D; (2016). *SGB-Verteilungsbericht 2016. Eine Analyse der Lohn-, Einkommens- und Vermögensverteilung in der Schweiz*. SGB: Dossier 117.
- Skopek, N.; Kolb, K.; Buchholz, S.; Blossfeld, H.-P. (2012). Einkommensreich – vermögensarm? Die Zusammensetzung von Vermögen und die Bedeutung einzelner Vermögenskomponenten im europäischen Vergleich. *Berliner Journal für Soziologie*, 22, 163-187.
- Smith, J. D. (1987). Recent trends in the distribution of wealth in the US: data, research problems, and prospects. In E. N. Wolff (Hrsg.), *International Comparisons of the Distribution of Household Wealth*, 72–90.
- Stiglitz, J.E. (2012): *The price of inequality: How today's divided society endangers our future*. New York: Norton and Company.
- Stutz, H; Bauer, T.; Schmutz, S. (2006): *Erben in der Schweiz. Eine soziökonomische Analyse unter Berücksichtigung der Generationenbeziehungen*.
- Szydlík, M (2011). *Erben in Europa*. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 63, 543-565.
- Von Gunten, L.; Zürcher, P.; Pulver, C.; Fluder, R.; Koch, K.; (2015): *Existenzsicherung im Alter. Risikofaktoren und Ursachen für EL-Bezüge bei AHV-Neurentnern und Neurentnerinnen*. BFH: Bern
- Wolff, E. N. (1987). *International comparisons of the distribution of household wealth*. Oxford University Press, USA.